



Öffentliche Niederschrift

Gremium der 1. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen	Sitzungstermin Donnerstag, 05.02.2026
Sitzungsort Sitzungsraum C 2 - "Stadt Venlo" des Rathau- ses, Von-der-Leyen-Platz 1, 47798 Krefeld	Uhrzeit 17:00 Uhr - 18:29 Uhr

Anwesend waren unter dem Vorsitz von:

Bürgermeister Timo Kühn

Mitglieder:

CDU-Fraktion

Ratsmitglied Marc Blondin MdL
Ratsmitglied Mehmet Demir
Ratsmitglied Andreas Focke
Ratsmitglied Timo Kühn
Ratsmitglied Britta Oellers MdL
Ratsmitglied Julian Schäfer
Ratsmitglied Carla Stomps

SPD-Fraktion

Ratsmitglied Christoph Tito Dahmen
Ratsmitglied Philipp Geldmacher
Ratsmitglied Maxi Katharina Leuchters
Ratsmitglied Stella Rütten
Ratsmitglied Philipp Sieland
Ratsmitglied Salih Tufan Ünal

AfD-Fraktion

Ratsmitglied Hauke Finger
Ratsmitglied Frank Wübbeling 17:00 - 17:30 Uhr
Sachkundiger Bürger - Stellvertreter Axel Kleckers

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglied Julia Paschek
Sachkundiger Bürger Thorsten Hansen

Fraktion Die Linke

Ratsmitglied Stephan Hagemes
Ratsmitglied Sebastian Schubert

Ratsgruppe Freie Demokraten - FDP

Sachkundiger Bürger - Stellvertreter Mark Jopp

Ratsherr Lamprecht führt aus, dass der Antrag der Ratsgruppe LUKS zum Klimahaushalt eine wichtige Grundlage für die Diskussion darstelle. Er betont, dass der Antrag Grundsätze eines Urteils des Bremer Staatsgerichtshofs aus dem Oktober des vergangenen Jahres aufgreife, auch wenn dieses Urteil auf Landesebene ergangen sei und nicht direkt auf andere Bundesländer übertragbar sei. Ziel des Antrags sei es, die Verwaltung zu beauftragen, zu prüfen, welche Aspekte des Urteils auf die Kommune anwendbar seien, um unter der bestehenden hohen Schuldenlast Investitionen in klimafreundliche Maßnahmen zu ermöglichen.

Ratsherr Blondin MdL erklärt, dass seine Fraktion den Antrag ablehne, da dieser mit zusätzlicher Bürokratie verbunden sei und die angespannte Haushaltslage keine weiteren Belastungen zulasse. Er betont, dass man keine neuen Baustellen eröffnen wolle.

Ratsfrau Leuchters schließt sich der Argumentation von Ratsherrn Blondin MdL an. Sie hebt hervor, dass die Verwaltung bereits in der Vergangenheit Möglichkeiten im Rahmen des Haushalts geprüft habe und entsprechende Refinanzierungshilfen genutzt worden seien. Sie sehe daher keinen Bedarf, den Antrag zu beschließen, da die Verwaltung ohnehin Vorschläge unterbreiten werde, wenn dies erforderlich sei.

Der sachkundige Bürger Hansen spricht sich hingegen für den Antrag aus. Er hebt hervor, dass es interessant sei, zu prüfen, ob die Grundsätze des Bremer Urteils auch auf Krefeld übertragbar seien. Dies könne möglicherweise Freiräume im Haushaltssicherungskonzept schaffen. Er regt an, dass die Verwaltung den Antrag auch bei einer Ablehnung aufgreifen und eine Stellungnahme dazu abgeben solle, insbesondere im Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung.

Ratsherr Schubert signalisiert ebenfalls Unterstützung für den Antrag.

Beschluss:

Der Antrag der Ratsgruppe LUKS zum Klimahaushalt wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis'90/Die Grünen, der Fraktion DIE LINKE und der Ratsgruppe LUKS.

Der sachkundige Bürger Hansen erläutert, dass es sich bei dem vorliegenden Antrag um eine Thematik handelt, die bereits in der letzten Ratsperiode behandelt worden sei. Er verweist auf den Ratsbeschluss vom 12. November 2024, in dem beschlossen wurde, die Einrichtung eines Bürgerrates zu prüfen. Er zitiert den Beschluss, wonach die Verwaltung beauftragt wurde, die organisatorisch notwendigen Maßnahmen unter Berücksichtigung von Best-Practice-Beispielen anderer Kommunen sowie gegebenenfalls mit externer Beratung vorzubereiten. Ziel sei es gewesen, ein Plenum zu schaffen und entsprechende Mittel bereitzustellen. Er merkt zudem an, dass diese Verwaltungsvorlage bislang nicht erarbeitet worden sei und der aktuelle Antrag inhaltlich mit dem damaligen Beschluss korrespondiere. Er betont, dass seine Fraktion Aufklärung zu den offenen Fragen erhofft habe, insbesondere in Bezug auf die Einbeziehung bezirksbezogener Mittel. Er äußert Bedenken, ob diese Mittel den Bezirken entzogen und einem anderen Gremium zugeführt werden sollten.

Der sachkundige Bürger Jopp äußert sich zustimmend zum Anliegen des Antrags, da er mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung befürworte. Er betont jedoch, dass der vorgeschlagene Weg, einen weiteren Haushalt zu schaffen, nicht mit den bestehenden Richtlinien vereinbar sei. Jopp hebt hervor, dass das eigentliche Problem in der mangelnden Transparenz der Haushaltszahlen liege und nicht in der Schaffung eines zusätzlichen Haushalts. Er kritisiert, dass der aktuelle Haushalt unvollständig und intransparent sei, und plädiert dafür, die Ursachen des Problems zu beheben, anstatt neue Strukturen zu schaffen.

Ratsherr Lamprecht erläutert, dass der Bürgerrat über ein eigenes Budget verfüge und ein Bürgerhaushalt als ergänzendes Beteiligungsinstrument fungieren könne. Dieses Instrument ermögliche eine Mitbestimmung für alle Bürgerinnen und Bürger, einschließlich der Mitglieder des Bürgerrats. Er betont zudem, dass es nicht darum gehe, die bezirksbezogenen Mittel abzuschaffen, sondern die bestehenden Umstände und Verfahren beizubehalten. Er stellt die Frage, wie sich die bezirksbezogenen Mittel in Relation zu einem Bürgerrat verhielten.

Ratsfrau Leuchters ergänzt, dass es wichtig sei, Prioritäten zu setzen. Sie schlägt vor, sich auf den bereits beschlossenen Antrag zu beziehen, der in der Verwaltung geprüft werde. Sie weist darauf hin, dass dieser Antrag über rein finanzielle Aspekte hinausgehe und auch andere Beteiligungsmöglichkeiten umfasse, die bereits existierten.

Beschluss:

Der Antrag von Ratsfrau Althoff zum Thema Bürgerhaushalt wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE und der Ratsgruppe LUKS.

TOP Anfragen

11.

Es liegen keine Anfragen vor.

Ausschussvorsitzender Bürgermeister Kühn schließt die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen um 18:12 Uhr und bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern für ihre Teilnahme.

Krefeld, 06.02.2026

Vorsitzender